

Linz, am 29. März 2022

Eigenversorgung ist die beste Landesverteidigung

Zu lange haben sich viele Länder, so auch Österreich, darauf verlassen bestimmte landwirtschaftliche Betriebsmittel zu importieren. Schon vor mehr als zwei Jahren, mit Beginn der Corona-Pandemie, forderte der OÖ Bauernbund die Erarbeitung von Maßnahmen zur Sicherstellung der nationalen Ernährungssouveränität. Nun zeigt der Ukrainekrieg erneut auf, dass die Gewährleistung der nationalen Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln rasch angegangen werden muss.

Die Globalisierung und damit die vermeintliche Sicherstellung von Warenflüssen durch Import und Export, funktioniert wie man gerade sieht nur dann, solange keine ernsthaften Krisen am Horizont aufziehen. In einigen EU-Ländern steigt der Druck hinsichtlich staatlicher Ausfuhrbeschränkungen. Beispielsweise verhängte Ungarn mit Anfang März eine Exportbeschränkung für Produkte, die für die Futter- oder Lebensmittelversorgung von strategischer Bedeutung sind. „Das verknappte Angebot hat die Preise in schwindelerregende Höhen schnellen lassen. Staatliche Hilfspakete und die Weitergabe der gestiegenen landwirtschaftlichen Kosten der bäuerlichen Familienbetriebe durch die Lebensmittelketten an die Konsumenten ist für die Inlandsversorgung mit Lebensmitteln unumgänglich“, betont LR Landesobfrau Michaela Langer-Weninger.

Das Bekenntnis aller ist dringend erforderlich. Bauernbunddirektor Ing. Wolfgang Wallner gibt aber auch zu bedenken, dass ein gesamtes Umdenken unumgänglich ist. „Wir hüpfen jetzt von Hilfspaket zu Hilfspaket. Ohne Zweifel in der derzeitigen Situation notwendige Unterstützungen. Ein gesamthafter Umdenkprozess, an dessen Ende die Versorgungssicherheit mit Nahrungs- und Futtermittel steht, und das bei Produktpreisen, bei denen die Produzenten ein Auskommen haben, ist notwendig“, fordert Wallner. „Wir müssen jetzt aufbauend auf den Erfahrungen versuchen diesen Weg zu finden.“

Dazu gehöre eine vernünftige Lagerhaltung. Auch für Gas, Saatgut, Dünger, Pellets, Lebens- und Futtermittel. „Diese Themen haben keinen ideologischen Hintergrund. Hier müssen wir gemeinsam versuchen Lösungen zu erarbeiten“, so Wallner. „Ich finde es zum Beispiel dramatisch, wenn bei einer grünen Regierungsbeteiligung in Deutschland aus der aktuellen Krisensituation die Atomkraftwerke wieder salonfähig – ja sogar „Grün“, werden“. Dies sei zwar aus energiepolitischen Gründen nachvollziehbar zeigt aber deutlich auf wie wenig Optionen es hier gibt um kurzfristig die Energieversorgung gewährleisten zu können.

Flächendeckende Produktion absichern

"Ohne unsere bäuerliche Landwirtschaft wäre die Versorgungssicherheit Österreichs ernstlich in Gefahr", betont Langer-Weninger. Nur eine flächendeckende, bäuerliche Produktion könne die nachhaltige Ernährungssouveränität Österreichs garantieren. "Wir dürfen daher auch die Existenzgrundlage der Bauern nicht in Frage stellen. Ansonsten gefährden wir unmittelbar die Versorgungssicherheit mit Futtermitteln und gesunden, naturnah produzierten Nahrungsmitteln im eigenen Land". Da würde sich Österreich in eine Export-Abhängigkeit begeben, die in Krisenzeiten dramatische Auswirkungen haben könnte.

Langer-Weninger tritt daher für eine Änderung in der europäischen Wirtschafts- und Agrarpolitik ein. „Wir müssen jetzt aus der aktuellen Situation Lehren ziehen und fehlgeleitete Entscheidungen der Vergangenheit korrigieren“, fordert die neue Landesobfrau eine Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe und ein Überdenken des europäischen Green Deals.

Handlungsbedarf gibt es auch bei der Inlandsversorgung mit Energie und agrarischen Betriebsmitteln. Diese muss wieder sichergestellt werden. „Schließlich ist Eigenversorgung die beste Landesverteidigung“, so Langer-Weninger.

Rückfragenhinweis

Ing. Stefanie Schauer, BEd.

+43 732 773866 - 813

stefanie.schauer@ooe.bauernbund.at